

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. September 1981
am Donnerstag, dem 10. September 1981

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Biehle (CDU/CSU)	23, 24	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	27, 28
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	26	Dr. Kübler (SPD)	11, 12
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	9, 25	Dr. Lammert (CDU/CSU)	10, 33
Gilges (SPD)	19, 20	Dr. Laufs (CDU/CSU)	30, 31
Dr. Hennig (CDU/CSU)	34, 35	Frau Dr. Lepsius (SPD)	7, 8
Herberholz (SPD)	4, 18	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	13, 14
Dr. Hüsck (CDU/CSU)	2	Pauli (SPD)	1
Dr. Hupka (CDU/CSU)	36	Peter (Kassel) (SPD)	21, 22
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	3, 32	Weirich (CDU/CSU)	29
Jansen (SPD)	5, 6	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	16, 17
Kolbow (SPD)	15		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	7
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundesbahn unter Berufung auf das Personenbeförderungsgesetz der rheinland-pfälzischen Absicht, den Schulbusverkehr im Rahmen des verfügbaren Fahrgastraums für den allgemeinen ÖPNV zu öffnen, die Zustimmung versagt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dieser möglichen Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum zum Erfolg zu verhelfen?
2. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung das Protokoll über Tankreinigung und Wasserballasttanks in Öltankern, das sich auf die Internationale Konvention zur Verhütung von Umweltverschmutzungen durch Schiffe aus dem Jahr 1973 stützt, ratifiziert, und gegebenenfalls welche Gründe stehen der Ratifizierung entgegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Bundesregierung beabsichtigt, den Kanzleramts-Spion Guillaume in den Häftlingsaustausch mit der DDR einzubeziehen und deshalb beim Bundespräsidenten auf eine Begnadigung des Spions hinzuwirken, und welche Gründe haben die Bundesregierung bejahendenfalls veranlaßt, ihre bisherige Haltung aufzugeben, wonach ein Austausch Guillaume's nicht in Frage komme?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um „Scheinehen“ zwischen Ausländern und Deutschen, die zu teilweise hohen DM-Beträgen erkauft werden oder unter Drogeneinfluß zustandekommen und nur dazu dienen, dem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis auf illegale Weise zu verschaffen, zu unterbinden?
5. Abgeordneter
Jansen
(SPD) Ist die Bundesregierung in Anbetracht z. B. folgender Plakattexte des Bundesamtes für Verfassungsschutz: „Es gibt ein Codewort zum Öffnen von Tresoren: Liebe. Es fängt an, wie es immer anfängt: Man lernt sich kennen. Faßt Zuneigung und Vertrauen. Geht aus. Und verliebt sich. Gern erzählt man aus einem Leben. Intimes. Privates. Und vom Beruf. Kleine Bitten werden erfüllt. Es werden immer größere. Aus Liebe. Aber am Ende war es bloß: Landesverrat. Denn manche Liebe ist geplant. In Ostberlin. Und der Partner ist längst verheiratet. Mit dem dortigen Staatssicherheitsdienst. Denken Sie bitte daran. Unser Land vertraut Ihnen.“ der Auffassung, Frauen und Männer unseres Landes sollten, wenn sie eine Bekanntschaft oder Freund-

schaft eingehen oder Zuneigung zueinander empfinden, grundsätzlich eine Auskunft des Bundesamts für Verfassungsschutz einholen, ob der auserwählte Partner möglicherweise ein Verfassungsfeind oder Agent ist?

6. Abgeordneter
Jansen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Plakate des Bundesamtes für Verfassungsschutz in peinlicher Weise an die „Feind hört mit“-Plakate der jüngsten Vergangenheit erinnern, und ist die Bundesregierung bereit, das Bundesamt anzuweisen, diese Plakate zurückzuziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

7. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wann die im ZIP-Programm zugesagten Finanzierungsmittel des Bundes für Kläranlagen abfließen, nachdem beispielsweise die Gemeinde Rheinstetten-Mörsch für Mittel des Bundes in Vorlage treten muß?
8. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, bei wievielen und welchen Maßnahmen des ZIP-Programms der Bund derzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, und welche Haushaltsmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen?
9. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird sich der Bund in diesem Jahr aus heutiger Sicht im Rahmen des Vollzugs des Bundeshaushalts 1981 neu verschulden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

10. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Rheinisch-Westfälischen Instituts (RWI) für Wirtschaftsforschung, die gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte Energiesicherungspolitik in Form einer „Kohle-Vorrang-Politik“ in ihrer volkswirtschaftlichen Finanzierung und Lastenverteilung durch eine zweckgebundene, den Subventionsbedarf des Steinkohlebergbaus deckende spezielle Besteuerung der für unsicher angesehenen Energien (vor allem Erdöl, Erdgas und Mineralölprodukte) vorzunehmen, und teilt die Bundesregierung die durch Simulationsrechnungen ermittelte Einschätzung des RWI, daß die auf diese Weise veränderten Preisstrukturen in den Belastungswirkungen für Bürger und verschiedene Wirtschaftsbranchen sich durch die weitgehende Kompensation von dem verteuerten Einsatz bestimmter Energien auf der einen Seite und steuerlicher Entlastung und Wegfall des Kohlepfennigs auf den Stromverbrauch auf der anderen Seite weitgehend ausgleichen würden?

- | | |
|--|--|
| 11. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die bislang nicht ausreichende Vertretung der Verbraucherschutzverbände und der Gewerkschaften in den zuständigen Gremien der Europäischen Gemeinschaft zu verbessern und damit eine wirksame Durchsetzung der Verbraucherinteressen zu gewährleisten? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen und entsprechend initiativ zu werden, daß im beratenden Verbraucherausschuß der EG auch ein vollständiger Überblick über alle jeweiligen einzelnen Stellungnahmen der nationalen Verbraucherorganisationen vorhanden ist? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Bleibt die Bundesregierung trotz der in der Arbeitsmarktstatistik 1980 der Bundesanstalt für Arbeit dargelegten Zahlen, daß nur noch 54 v. H. der Arbeitslosen keine, 46 v. H. dagegen eine vollständige Berufsausbildung haben, bei ihrer wiederholt vorgetragenen Meinung, nichts schütze wirksamer vor Arbeitslosigkeit als eine gute Berufsausbildung? |
| 14. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß mehr als 50 000 Arbeitslose 1980 eine Hochschul- oder Fachhochschulreife vorzuweisen hatten? |
| 15. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) | Ist es nach Ansicht der Bundesregierung richtig, daß die Verwaltungskosten bei Krankenkassen annähernd so hoch sind wie die Ausgaben für Arzneimittel, wie der Bayerische Landesverband und der Deutsche Apothekerverband in Zeitungsanzeigen behaupten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 16. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung darüber informiert und trifft es zu, daß sich infolge von Impulsen der Radargroßanlagen des englischen Aufklärungsflugzeuges „Nimrod“ in mehreren Fällen bei in der Nähe befindlichen Kampfflugzeugen Waffenaußenlasten selbsttätig gelöst haben, und sind Vorkehrungen dagegen getroffen, daß ähnliche Erscheinungen an dem NATO-AWACS-Aufklärungsflugzeug E-3A nicht dazu führen, daß bei in der Nähe befindlichen Kampfflugzeugen auf oder über deutschem Gebiet Waffenaußenlasten selbsttätig ausgelöst werden? |
| 17. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Sind bei etwaigen Vorkehrungen auch jene Probleme berücksichtigt worden, die sich aus der Lage des zukünftigen Stationierungsstandortes Geilenkirchen für den NATO-AWACS-Verband in unmittelbarer Nachbarschaft der Flughäfen Nörvenich, Brüggen, Wildenrath und Laarbruch ergeben könnten? |

18. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel ein wehrdienstleistender Arzt (ledig, 28 Jahre alt) monatlich brutto bzw. netto verdient, und kann die Bundesregierung die gleichen Angaben für einen wehrdienstleistenden Kfz-Mechaniker (mit Meisterprüfung) und einen wehrdienstleistenden Koch (mit Meisterprüfung) machen?
19. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Anzeige bekannt aus der Zeitschrift „Die Bundeswehr, Organ des Bundeswehrverbandes e. V.“ Nr. 7/Juli 1981, vorletzte Seite, unter der Überschrift „Die Kampfmesser der Ledernacken, der Green Berets, der GSG 9, der Militärpiloten . . .“, mit der diese Kampfmesser zum Verkauf angeboten werden, und wenn ja, teilt sie die Auffassung, daß die Anzeige gegen das Vertriebsverbot gemäß § 37 des Waffengesetzes verstößt?
20. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Beihilfen (Förderungsmittel) die Zeitschrift „Die Bundeswehr, Organ des Bundeswehrverbandes e. V.“ aus welchen Haushaltstiteln oder anderen Bundesmitteln erhält?
21. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentliche Kritik an der vom Bundespresseamt herausgegebenen Broschüre „Aspekte der Friedenspolitik – Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses“ bezüglich der Notwendigkeit, die Modernisierung im Bereich der U-Boot-Raketen der USA, Großbritanniens und Frankreichs im europäischen Bereich zu berücksichtigen?
22. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Angaben über die Kräfteverhältnisse von NATO und Warschauer Pakt in der Broschüre „Aspekte der Friedenspolitik – Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses“ zu korrigieren?
23. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die sächlichen Verwaltungskosten im Verteidigungsetat generell um 6 v. H. gekürzt werden, was sich unter anderem dahin gehend auswirken soll, daß Berufsförderungsmaßnahmen im Sinn des § 7 des Soldatenversorgungsgesetzes für das Haushaltsjahr 1981 nicht mehr in allen Fällen im vorgesehenen Rahmen durchgeführt werden können?
24. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich z. B. die Streichung von berufsfördernden Lehrgängen für viele Zeitsoldaten als persönliche Härte auswirkt, weil hierdurch eine erleichterte Wiedereingliederung in das Wirtschaftsleben durch gezielte Maßnahmen nicht erfolgen kann, sondern erschwert wird, und sieht die Bundesregierung trotz der vorliegenden Haushaltssituation keine Möglichkeit der Abhilfe aus sozialen Gründen?

25. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in Äußerungen des Generals a. D. Bastian — wie er sie z. B. im ZDF-Hearing „Nachrüstung-Aufrüstung-Abrüstung“ am 23. August 1981 bezüglich der nuklearen Bewaffnung und des militärischen Ungleichgewichts in Europa getan hat — disziplinarrechtlich relevante Tatbestände, und ist sie zutreffendenfalls bereit, disziplinarisch gegen ihn vorzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

26. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung in einer für durchschnittliche Politiker verständlichen Sprache erläutern, was sich hinter der vom Bundesgesundheitsamt in einer Stellenausschreibung zitierten und vom BMFT geförderten „gemeindeorientierten, multizentrischen Interventionsstudie zur Prävention chronischer Herz-Kreislaufkrankheiten“ verbirgt, und welche Vorkehrungen werden künftig getroffen werden, daß Stellenausschreibungen für Positionen in mit öffentlichen Mitteln geförderten Projekten allgemeinverständlich formuliert werden?
27. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im „BPS-Report“ (Informationsdienst der Bundesprüfstelle zum Jugendmedienschutz) vom 30. April 1980 die These wiedergegeben wurde, daß „das Massaker an polnischen Offizieren im Wald in Katyn von sowjetischen Truppen begangen worden“ sei, und wie steht sie zu dieser Auffassung?
28. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für richtig, daß im „BPS-Report“ Informationen aus „Die Tat“, dem Organ der nach Auskunft des Verfassungsschutzberichts kommunistisch beeinflussten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), unkommentiert als alleinige Informationsquelle nachgedruckt werden, und trifft es zu, daß der „BPS-Report“ seit dem 15. Januar 1981 als Verlagsobjekt der Gesellschaft „Jackwerth und Welker“ erscheint?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

29. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Waren die Anzeigen des Bundespostministers, in denen eine Badenixe vor einer spanischen Telefonzelle mit den Worten „Machen Sie mal Ihren Kollegen heiß“, vorher mit dem Bundesminister für Familie und Jugend, der zur gleichen Zeit eine Kampagne gegen den Sex in der Werbung angekündigt hat, abgestimmt?
30. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost im Jahr 1980 die Anzahl ihrer Mitarbeiter um 10,3 v. H. auf 532 455 erhöht hat, und welche unternehmenspolitische Zielsetzung verfolgt sie gegebenenfalls mit der starken Ausweitung der Beschäftigtenzahl?

31. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche grundsätzlichen Vorstellungen über die Struktur ihrer Dienstleistungsangebote in der Telekommunikation verfolgt die Deutsche Bundespost bei ihren Investitionen im Leitungsnetz — und Endgerätebereich?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

32. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Betrachtet die Bundesregierung die Art und Weise, mit der die sowjetrussische staatliche Nachrichtenagentur TASS den Bundeskanzler als „undemokratisch“ und „Advokaten der US-Administration“ beschimpft, als Zeichen für einen befriedigenden Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen, und wie sieht sie derartige Angriffe auf ihre Mitglieder im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch des sowjetischen Staatsoberhauptes Breschnew in Bonn?
33. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Ergebnis negativen Befunde einer jüngeren empirischen Untersuchung über das Deutschland-Bild in Brasilien, und welche Schlußfolgerungen beziehungsweise Maßnahmen hat die Bundesregierung daraus entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

34. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung ihr im Bulletin vom 20. Mai 1972 gegebenes Versprechen, sie werde „die Initiative, die die Bundesrepublik Deutschland bei der Gipfelkonferenz in Den Haag ergriffen hat, weiterführen und alles daransetzen, die Europäische Gemeinschaft zu einer politischen Union fortzuentwickeln“, in den seitdem vergangenen neun Jahren erfüllt, und welche konkreten Schritte auf eine Verwirklichung hin gedenkt sie in Zukunft zu ergreifen?
35. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung über ihre Botschaft in Managua und aus anderen Quellen über die Höhe der finanziellen Hilfeleistung, die die DDR seit der Revolution in Nicaragua diesem Land geleistet hat, und was ist der Bundesregierung über Materiallieferungen im zivilen und militärischen Bereich im einzelnen bekannt?
36. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Auskunft wurde dem Bundesaußenminister nach der Erörterung der Störung deutscher und anderer Sendungen durch den bulgarischen Rundfunk während seines Aufenthaltes in Sofia erteilt?

Bonn, den 4. September 1981